# Klimaschutz und Klimaanpassung ins Grundgesetz!

Warum eine weitere Gemeinschaftsaufgabe im Artikel 91a Abs. 1 GG sinnvoll ist

## Das Problem

Klimaschutz und Klimaanpassung werden vor Ort gemacht – in den 11.000 Kommunen in Deutschland. Doch dabei stoßen engagierte Menschen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft immer wieder auf Hürden. Selbst Maßnahmen, die eine hohe Akzeptanz genießen, werden aufgrund fehlender Ressourcen vor Ort nicht umgesetzt.

Die Gründe:

- Klimaschutz und Klimaanpassung hängen stark von befristeten Förderprogrammen und der jeweiligen finanziellen Lage der Kommune ab.
- Der Dschungel aus ca. 900 kommunalen Förderprogrammen ist undurchsichtig, bindet die sowieso knappen Personalressourcen und erfordert Eigenkapital, das Kommunen oft nicht aufbringen können.
- Bund und Länder dürfen verfassungsrechtlich Aufgaben nur in Ausnahmefällen gemeinsam finanzieren und durchführen.

## Die Lösung

Bundestag und Bundesrat können Klimaschutz und Klimaanpassung zu Gemeinschaftsaufgaben machen – durch eine Grundgesetzänderung, und zwar im Artikel 91a Abs. 1 GG.
Eine Gemeinschaftsaufgabe verpflichtet Bund und Länder zur gemeinsamen Koordinierung und Finanzierung von Aufgaben. Mit einer bürokratiearmen Ausgestaltung und ausreichenden finanziellen Mitteln von Bund und Ländern bietet eine neue "Gemeinschaftsaufgabe für Klimaschutz und Klimaanpassung in der kommunalen Daseinsvorsorge" einen langfristigen und stabilen Rahmen für kommunale Klimainvestitionen.

## Wer unterstützt die Forderung?

- Bundesverband Klimaschutz (BVKS)
- Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit den Mitgliedsgewerkschaften IG BAU und ver.di
- Deutsche Umwelthilfe
- Deutscher Juristinnenbund (djb)
- Germanwatch
- GermanZero
- Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.
- Institut für Kirche und Gesellschaft
- Klima-Allianz Deutschland
- Klima-Bündnis
- Lawyers For Future
- Misereor
- WWF Deutschland

Erklärvideo, Studien, FAQ

GESELLSCHAFT FÜR KLIMA UND DEMOKRATIE

# Kampagne “Klima ins Grundgesetz”– Highlights

**November 2024:**
Anlässlich der Umweltministerkonferenz in Bad Neuenahr-Ahrweiler haben wir einen Offenen Brief von über 700 Klimaschutzmanager*innen an Bundesumweltministerin Steffi Lemke sowie die rheinland-pfälzische Umweltministerin Katrin Eder übergeben. Angesichts der nötigen Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung ist es notwendig, dass sich Bund und Länder stärker finanziell einbringen.

**März 2025:**
Während der Koalitionsverhandlungen haben wir eine Petition für die Verankerung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe mit über 102.000 Unterschriften an den CDU-Abgeordneten Andreas Mattfeldt in Vertretung von Friedrich Merz übergeben.

## Erste Erfolge

Union und SPD haben einen Prüfauftrag für eine Gemeinschaftsaufgabe Naturschutz und Klimaanpassung im Koalitionsvertrag aufgenommen. B90/Die Grünen sowie die Linke hatten die Forderung in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2025, sodass die nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat für die erforderliche Grundgesetzänderung in der aktuellen Legislaturperiode möglich ist.

Die Gesellschaft für Klima und Demokratie wird sich dafür einsetzen, dass das Anliegen in der Legislaturperiode zügig angegangen und auch Klimaschutz noch berücksichtigt wird.

**Förder*in werden:**

GESELLSCHAFT
FÜR KLIMA
UND DEMOKRATIE